

## Demokratie und Gerechtigkeit in Verteilungskonflikten

Tagung im Rahmen der DVPW-Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte, Frankfurt am Main, 4.–6. März 2010

*Andreas Busen*

Obwohl Demokratie und Gerechtigkeit nach wie vor zu den zentralen Konzepten in der politischen Theorie gehören, werden sie – so die der Tagung zugrundeliegende Feststellung – kaum hinsichtlich ihres Bezugs aufeinander diskutiert. Dabei zeigt sich die Interdependenz der beiden Konzepte nicht erst neuerdings mit Blick auf Fragen und Probleme jenseits einzelstaatlicher Grenzen, sondern mit unverminderter Brisanz auch innerhalb derselben.

Gleichermaßen drängend wie aufschlussreich präsentiert sich das Verhältnis von Demokratie und Gerechtigkeit im Kontext von Verteilungskonflikten, wie die Organisatorinnen der Tagung in ihren einleitenden Überlegungen überzeugend darlegten. Die Verteilung von Gütern ist dabei einerseits eine der zentralen Fragestellungen innerhalb zeitgenössischer Gerechtigkeitstheorien, die zu bestimmen versuchen, wann die Verteilung welcher Güter überhaupt gerechtigkeitrelevant ist und welche Verteilungsverhältnisse jeweils als gerecht gelten können. Entgegen einer solchen a priori Bestimmung gerechter Verteilungen verweisen andererseits demokratietheoretische Ansätze darauf, dass konkrete Verteilungen letztlich nur an den Entscheidungsverfahren beziehungsweise -prozessen, vermittels derer sie zustande

gekommen sind, gemessen werden können. Damit bleiben jedoch zahlreiche Fragen offen: Setzt Demokratie nicht bereits die gerechte Verteilung bestimmter grundlegender Güter, wie zum Beispiel bürgerschaftlicher Rechte, voraus? Inwiefern können auch demokratische Verfahren substantiell ungerechte Verteilungen produzieren, die gegebenenfalls wiederum negativ auf die Demokratie rückwirken – man denke an das hohe Maß sozialer Ungleichheit, das auch (oder gerade) in westlichen Demokratien zu konstatieren ist? Welche alternativen Entscheidungsverfahren und -strukturen können möglicherweise ‚gerechtere‘ Ergebnisse vorweisen beziehungsweise bedarf es unterschiedlicher Verfahren für unterschiedliche Güter? Und schließlich: Bis zu welchem Grad sind die im nationalstaatlichen Kontext entwickelten Konzepte Demokratie und Gerechtigkeit den veränderten politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen noch angemessen?

Ziel der Tagung war es dementsprechend diese Fragen aus unterschiedlichen – theoretischen wie empirischen – Perspektiven zu beleuchten und so zu einer systematischen Analyse des Verhältnisses zwischen Demokratie und Gerechtigkeit beizutragen. Das Tagungsprogramm, in dem die Organi-

---

\* Dipl.-Pol. Andreas Busen, Universität Hamburg, Kontakt: andreas.busen@wiso.uni-hamburg.de

satorinnen entsprechend quantitativ wie qualitativ forschende Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ebenso wie politische Philosophinnen und Philosophen miteinander ins Gespräch brachten, konnte dabei als konsequente und gelungene Umsetzung dieses Anspruchs gelten.

Am Donnerstag stand zunächst die philosophische Verständigung über die grundlegende Bestimmung von Demokratie und – insbesondere – Gerechtigkeit im Mittelpunkt. Dabei trat zum einen zu Tage, dass die Gäste aus Großbritannien offenbar stärker an einer Verbindung dieser Grundlagen mit praktischen Problemen interessiert sind als ihre deutschen Kollegen. Insbesondere die Gäste aus Großbritannien widmeten sich der Aufgabe einer expliziten Verbindung gerechtigkeits-theoretischer Fragen mit praktischen Problemen, die aktuell auf der Agenda globaler Politik stehen.

So diskutierte gleich im ersten Vortrag der Tagung *David Miller* drei unterschiedliche theoretische Konzeptionen von ‚fair trade‘, um festzustellen, dass keine von ihnen dessen empirischen Facetten und Problemen vollständig gerecht werden könne. Gerade die theoretischen Verhandlungen eigene Tendenz, klare Positionen durch ‚Lagerbildung‘ – cosmopolitans vs. statists, justice as external to the practice of trade vs. subsumed under a wider account of (distributive) justice, etc. – zu erkaufen, so Miller, verhindern letztlich oft ein angemessenes und vollständiges Erfassen gerechtigkeitsrelevanter Beziehungen und Konstellationen. Mit Blick auf Gerechtigkeit in globalen Handelsbeziehungen plädierte Miller dagegen für eine Perspektive, die gleichermaßen gerechte Beziehungen zwischen Staaten im Rahmen der internationalen Beziehungen und die gerechte Behandlung von Individuen im Rahmen von Menschenrechten einbezieht.

Auch der zweite Gast aus Oxford, *Simon Caney*, widmete sich in seinen Vortrag über die gerechte Verteilung von Treibhausgasemissionen einem praktischen Problem globaler Politik. Ähnlich wie Miller verwandte auch er einige Zeit darauf, die Unzuläng-

lichkeiten vorherrschender theoretischer – insbesondere egalitaristischer – Positionen aufzuzeigen, die durch eine isolierte Betrachtung des Problemfeldes sowie einen methodischen Atomismus die Komplexität und globale Eingebundenheit nicht adäquat erfassen könnten. Anders als Miller plädierte Caney aber trotzdem klar für die zentrale Rolle einer grundlagenorientierten theoretischen Theorie: Bezüglich Treibhausgasemissionen – wie auch anderen spezifischen Fragen globaler Gerechtigkeit – müssten zunächst die grundlegenden Prinzipien von Verteilungsgerechtigkeit geklärt werden, von denen dann unter Beachtung je spezifischer Einschränkungen Antworten auf diese konkreten Fragen abgeleitet werden könnten. Trotz dieser programmatischen Klarheit galt aber auch für Caney, was Thomas Schramme bereits in seinem Kommentar zu Miller angebracht hatte, dass nämlich der begrüßenswerte Versuch einer Verbindung theoretischer Positionen und praktisch dringlicher Fragen hier noch nicht deutlich über die Kritik bestehender Ansätze hinaus zu einem positiven Konzept gelangt sei.

Eine zweite Entwicklung des ersten Tages war ein – wie Albert Weale es gleichsam aus der Außenperspektive formulieren konnte – „good old German Methodenstreit“, auch wenn es sich bei dessen Objekt tatsächlich nicht so sehr um die Frage des methodischen Zugangs, sondern vielmehr um die substantiellen Bestimmung von Gerechtigkeit handelte.

*Rainer Forst* lancierte seine inzwischen gut eingeübte Kritik an Gerechtigkeitskonzepten, in denen Verteilungsfragen als konstitutiv gelten, und argumentierte für eine alternative ‚politische‘ Konzeption von Gerechtigkeit, die auf der Analyse von Machtstrukturen basiert. Bevor überhaupt über eine gerechte Verteilung von Gütern gesprochen werden könne, so Forst, müsse gefragt werden, wer an der Produktion dieser Güter in welcher Weise beteiligt gewesen sei und vor allem wer über deren Verteilung entscheide; nur wenn die entsprechenden Strukturen garantierten, dass Entscheidungen ge-

genüber allen Betroffenen gerechtfertigt sein, könne von Gerechtigkeit gesprochen werden. Auch wenn Forst hier die nicht zuletzt durch den Tagungstitel nahegelegte Verbindung zur Demokratie nicht weiter verfolgte und auch die Implikationen seines Vorschlags hinsichtlich globaler Gerechtigkeit nur skizzenhaft anreißen konnte, war damit aber doch eine klare Herausforderung an Advokaten egalitärer Verteilungsgerechtigkeit ausgesprochen.

Diese nahm *Stephan Gosepath* gerne an und unternahm in seinem Vortrag eine ‚Verteidigung der Verteilungsgerechtigkeit‘. Strittig sei, so Gosepath, offenbar weder, *dass* Gerechtigkeitsfragen Verteilungsfragen sind, noch *wie* diese Verteilung erfolgen solle (nämlich durch die Selbstgesetzgebung gleicher, autonomer Personen), sondern *was* verteilt wird. Die Kritik an egalitärer Verteilungsgerechtigkeit gehe nun dort fehl, wo sie dieser vorwirft nur die Verteilung materieller Güter in den Blick zu nehmen – tatsächlich seien aber auch Rechte, Pflichten, Einfluss oder Chancen Güter, die stets in bestimmter Weise in einer Gemeinschaft verteilt sind. Während ein umfassender Gerechtigkeitsbegriff für solch unterschiedliche Güter notwendig unterschiedliche Verteilungen vorsehen müsse, bleibe doch die Verteilung das grundlegende Prinzip. Der weitere Vorwurf, ein solch idealer Gerechtigkeitsbegriff werde der sozialen und politischen Wirklichkeit nicht gerecht, übersehe schließlich, dass auch eine explizit kritische Theorie nicht auf eine moralisch informierte ideale Theorie als Maßstab verzichten könne.

Dieses Plädoyer für die Unverzichtbarkeit eines ‚moral point of view‘ in Gerechtigkeitsfragen markierte dabei, wie schon Forsts Forderung nach einer Theorie *politischer* Gerechtigkeit, ein weiteres Thema, das an die Bestimmung des Verhältnisses von Theorie und Empirie anknüpfte (und somit dann doch als ‚echter‘ Methodenstreit gelten konnte) und sich über den ersten Tag hinaus durch die gesamte Tagung zog, namentlich die Frage nach der angemessenen Rolle und

Form politischer Theorie beziehungsweise Philosophie. Dabei zeichnete sich ab, dass die unter anderem als eine Entscheidung zwischen *armchair philosophy* und *real(istic) philosophy* skizzierte Antwort auf diese Frage zwar offensichtlich differenzierter ausfallen müsste, eine solche Dichotomie aber bestehende Positionen und Fronten nicht gänzlich falsch wiedergibt.

Dies zeigte sich bereits im dritten Panel, mit dem der zweite Teil der Tagung begann, der den Schwerpunkt von der Gerechtigkeit stärker zur Demokratie und Fragen der Organisation und Institutionalisierung von (gerechten) Entscheidungsstrukturen verlagerte.

*Albert Weale* stellte zunächst die Frage, inwiefern ein zentraler gerechtigkeits-theoretischer Strang – Vertragstheorien – mit einem entsprechend prominenten demokratietheoretischen Strang – Theorien deliberativer Demokratie – zusammengebracht werden könnte. Während Weale unterschiedliche Formen von Vertragstheorien diskutierte, um dann anhand einer Untersuchung erfolgreicher Deliberationen über die Verteilung von Allmendegütern zu zeigen, wie Elemente deliberativer Demokratie sich mit Vertragstheorien in Form von ‚speaking social contracts‘ verbinden lassen, bewegte sich das grundlegendere Argument – wie auch Rainer Schmalz-Bruns in seinem Kommentar klar herausarbeitete – auf einer anderen Ebene. Tatsächlich war Weales zentraler Punkt nämlich ein methodischer: So kritisierte er die vorherrschenden Vertragstheorien für ihre deduktive Vorgehensweise, die von hypothetisch gewonnenen, idealen Prinzipien ausgeht und diese dann realen Situationen annähert. Die Alternative, die Weale in seinem Vortrag im Anschluss an Überlegungen von Brian Barry formulierte, ist im Gegensatz dazu eine induktive Vorgehensweise: Durch die komparative Analyse ‚erfolgreicher‘ institutioneller Normgefüge und deren Herausbildung könnten die für diesen ‚Erfolg‘ verantwortlichen Bedingungen herausgefiltert werden und dann in die Theoriebildung einfließen.

Hatte Weale so in eleganter Weise eindeutig Stellung gegen ‚ideale Theorie‘ bezogen, verfolgte auch *Christina Lafont* in ihrem Vortrag eine eher ‚realistische‘ Variante politischer Theorie. Ihr Vortrag widmete sich der Frage, wie globale Politik demokratisch legitimiert werden könne, ohne die Einrichtung eines ‚Weltstaats‘ anzustreben. Ein solcher sei nämlich praktisch unrealistisch, wobei die Alternative eines staatszentrierten Modells politischer Verantwortlichkeit zu dem normativen Dilemma führe, dass nationalstaatliche Repräsentanten in globalen Institutionen gleichzeitig für die Interessen der von ihnen vertretenen Bürgerinnen und Bürger als auch für die – damit oftmals konfligierenden – Menschenrechte eintreten sollen. Anhand von Beobachtungen über IMF und WTO argumentierte Lafont für ein Modell inklusiver Verantwortlichkeit, gemäß dem es kein Widerspruch sein müsse, wenn die globale Verfolgung nationalstaatlich konstituierter Interessen nur innerhalb der Grenzen stattfindet, die die Mitgliedschaft in globaler Organisationen zum Schutz von Menschenrechten auferlegt.

Rainer Schmalz-Brunns’ Kommentar wie die anschließende Diskussion hinterfragten allerdings, ob Lafonts Zurückweisung einer staatszentrierten Perspektive in Form einer Verlagerung der primären Verantwortlichkeit von der nationalen auf die globale Ebene und der damit einhergehenden Pluralisierung von Verantwortlichkeit bei gleichzeitiger ‚Fragmentierung‘ der Akteure tatsächlich überzeugen könne. Dabei verknüpfe sie nämlich nicht nur Verantwortlichkeit mit einem zu wenig differenzierten Inklusionsbegriff, sondern setze auch zu unproblematisch die Existenz von Menschenrechten, den damit einhergehenden Pflichten und den Trägern dieser Pflichten voraus – was auch ihrer eigenen ‚realistischen‘ Perspektive nicht gerecht würde.

Die Uneinigkeit, die sich am Donnerstag hinsichtlich des Verhältnisses von Theorie und Praxis angedeutet hatte, wurde noch einmal besonders deutlich in der Diskussion, die an das erste Panel am Freitag anschloss.

Dort hatte *Gabriel Wollner* sich systematisch mit unterschiedlichen theoretischen Konzepten von Gleichheit und den daraus resultierenden Verteilungsprinzipien auseinandergesetzt und dabei gefragt, inwiefern diese sensibel für die Verschiedenheit von realen Personen seien. Wollners Argumentation anhand abstrakter Einzelfälle sowie die methodische Überzeugung, dass die Ergebnisse solcher ‚Testfälle‘ sich entsprechend verallgemeinern ließen, führten zu einer höchst kontroversen Debatte über Aussagekraft und Relevanz kontrafaktischer ‚Gedankenspiele‘ für die soziale Wirklichkeit.

Zuvor hatte sich bereits *Franziska Martinsen* zu einem sehr ähnlichen Spannungsverhältnis geäußert, auch wenn sie es explizit nicht als eines von Theorie und Praxis gekennzeichnet hatte. Vielmehr handle es sich beim Verhältnis zwischen Demokratie und Gerechtigkeit um einen Konflikt zwischen grundlegenden *Werten*. Dieser werde allerdings oft nicht ernst genug genommen, sondern in Form einer unproblematischen ‚Aufgabenteilung‘ zwischen Politikwissenschaft und Philosophie vermeintlich aufgelöst. Dort, wo doch der Zusammenhang beider Werte diskutiert werde, geschehe dies fälschlicherweise stets in Form einer Überordnung eines Wertes über den anderen: So werde entweder Gerechtigkeit als Korrektiv demokratischer Entscheidungen, als Voraussetzung oder als zentrales Charakteristikum demokratischer Prozesse verstanden. Die hier stets implizite Gegenüberstellung von ‚Prozeduralität‘ und ‚Substanz‘ ließe sich, so Martinsen, aber nur überwinden, wenn man das Spannungsverhältnis ernst nehme und „Demokratie als Forderung der Gerechtigkeit“ verstehe, die sich aus dem Begriff der positiven Freiheit ergebe, der für Gerechtigkeit und Demokratie konstitutiv ist. Die anschließenden Fragen implizierten aber, dass nun auch die von Martinsen aufgeworfene Frage möglicherweise nicht *rein normativ* zu beantworten ist. Denn weder sei klar, wie die vermeintlich unabhängige ‚Substanz‘ von Gerechtigkeit gewonnen werden könne, noch sei ausgeschlossen – so Samuel Salz-

born in seinem Kommentar –, in Umkehrung von Martinsens Schlussfolgerung, Gerechtigkeit als Forderung der Demokratie zu begreifen: Dementsprechend müsste – im Anschluss an Gustav Radbruch –, wenn nicht festgestellt werden kann, was gerecht ist, festgesetzt werden, was rechtens sein soll.

Einen gänzlich anderen methodischen Zugang zur Beantwortung von Gerechtigkeit in Verteilungsfragen stellt *Joachim Behnke* vor. Im Sinne eines Rawls'schen ‚reflective equilibrium‘, so Behnke, müssten die den Verteilungsregeln zugrundeliegenden normativen Überlegungen mit den empirisch bei den Betroffenen vorzufindenden Überzeugungen abgeglichen werden, wobei Letztere mit Hilfe entsprechender, auf Rational-Choice-Annahmen aufbauenden Experimenten erhoben werden könnten. Auch wenn die Ergebnisse, die Behnke dazu vorstellte, zu großen Teilen den Intuitionen des Auditoriums entsprachen, verhinderte dies nicht, dass auch hier (nicht zuletzt in Michael Grevens Kommentar) grundsätzlich in Frage gestellt wurde, inwiefern diese Ergebnisse zwar für Individuen, nicht aber für soziale Zusammenhänge verallgemeinerbar seien beziehungsweise eine solche „experimentelle Psychologie“ (Grevens) als Grundlage für institutionelles Design dienen könne.

Mit aktuellen Entwicklungen bestehender demokratischer Systeme beschäftigte sich *Jörn Knobloch*. War politisches Handeln in Demokratien bisher insbesondere durch seine Öffentlichkeit gekennzeichnet, so hält durch die zunehmende Verlagerung von Entscheidungen in Netzwerke verstärkt das ‚Geheimnis‘ Einzug in die Demokratie. Diese Entwicklung fordert aber, so Knoblochs Analyse, von der politischen Theorie eine grundlegende Neubewertung politischer Herrschaft und Repräsentation. Dabei müsse vor allem geprüft werden, inwiefern entsprechend veränderte Verständnisse mit neuen Gerechtigkeitsideen einhergehen.

Analysen bestehender Demokratien und der (Un-)Gerechtigkeit der dort je spezifisch vorfindbaren Strukturen – insbesondere mit Blick auf politische Beteiligung und Bürger-

schaft – wurden auch in den letzten beiden Vorträgen am Freitag präsentiert. *Hans-Jürgen Burchardt* und *Ingrid Wehr* berichteten über die Demokratien in Lateinamerika, in denen sich trotz umfangreicher politischer Rechte und einer hohen politischen Beteiligung gerade der sozial Schwachen keine institutionellen Reformen hin zu einer Ausweitung sozialer Teilhaberechte abzeichnen, obwohl dort eine große und beständige Ungleichheit festgestellt werden kann.

Den unterschiedlichen Aspekten von Bürgerschaft und den damit einhergehenden Ungleichheiten in der EU widmete sich schließlich *Claudia Wiesner*. Ausgehend von T. H. Marshalls Unterscheidung zwischen bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten, skizzierte sie dabei zunächst die Entwicklung des europäischen Bürgerrechts und die daraus resultierende neue Kopplung mehrerer – europäischer und nationaler – Bürgerschaften. Von einem unabhängigen europäischen Bürgerrecht, so Wiesner, könne nach wie vor nicht gesprochen werden, insofern es zwar einige eigenständige, teilweise über die jeweiligen nationalen hinausgehende Rechte gibt, denen aber kaum Pflichten korrespondieren. Besonders kritisch sei dabei die Entwicklung sozialer Rechte im Rahmen des Paradigmas des gemeinsamen Marktes, die tendenziell zu einem ‚race to the bottom‘ führe.

Tine Steins Kommentar zu diesen beiden Vorträgen und die anschließende Diskussion fragten dann vor allem danach, inwiefern vermeintliche Paradoxien, wie die von Burchardt und Wehr geschilderten Entwicklungen, nicht daraus resultierten, dass der wissenschaftliche, dominante Begriff von Demokratie nach wie vor westlich geprägt sei und nicht-westlichen Demokratien entsprechend nicht gerecht werde. Gerade kulturelle Dispositionen zu bestimmten politischen und insbesondere Sozialsystemen, in denen zum Beispiel soziale Teilhabe in erheblichem Maße zivilgesellschaftlich organisiert ist, müssten dabei genauer erforscht werden.

Mit der Verteilung von öffentlichen Gütern und dem Einfluss des technologischen Fortschritts auf die Transformation bestehender und die Herausbildung neuer öffentlicher Güter, begann der letzte Tagungstag, der noch einmal intensive Debatten mit sich brachte. *Anja Karnein* argumentierte für ein bedingungsloses Recht auf Elternschaft und zeigte, dass ein solches Recht von unterschiedlichen theoretischen Standpunkten, sowohl im Rekurs auf egalitäre Menschenrechte als auch innerhalb prozeduraler Konzeptionen von Gerechtigkeit, begründet werden kann. Die entsprechenden medizinisch-technologischen Entwicklungen, die es heute zum Beispiel auch Frauen im Alter von über 60 Jahren ermöglichen Kinder zu bekommen, machten dabei, so Karnein, die Anerkennung eines Rechts auf Elternschaft unumgänglich.

Auf die Auswirkungen des technischen Fortschritts, insbesondere in Form des Internets, auf den Status geistigen Eigentums bezog sich *Carolin Stange*. In Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen zu dieser Entwicklung, die von Forderungen nach vollständiger Freigabe geistigen Eigentums bis zu solchen nach aktiverem staatlichen Eingreifen zum Schutz desselben reichen, konstatierte Stange deren Unzulänglichkeit und stellte als Alternative das Modell einer ‚Kultur-Flatrate‘ vor, nach dem – ähnlich den Rundfunkgebühren – für die Benutzung eines Internetanschlusses eine pauschale Gebühr erhoben und diese an die Inhaber digitaler, im Internet verfügbarer Inhalte verteilt werden würde. Nötig würden solche alternativen Herangehensweisen aber, weil sich geistiges Eigentum derzeit unweigerlich zu einem öffentlichen Gut entwickle.

Barbara Holland-Cunz wies in ihrem Kommentar darauf hin, dass die von beiden Referentinnen als Folge technologischen Fortschritts beschriebene Transformation bestimmter Güter zu öffentlichen Gütern, nicht zuletzt aufgrund der Geschwindigkeit solcher Entwicklungen, ein von klassischer ‚Commonalisierung‘ deutlich unterschiedliches Phänomen darstellen könnte und umso

mehr ernsthaft Alternativen zu solch vermeintlich unabwendbaren Entwicklungen untersucht werden müssen. In der Diskussion traf vor allem Karneins Recht auf Elternschaft auf deutlichen Widerstand, der auf ein Ernstnehmen ‚natürlicher Grenzen‘ verwies und vor einer ‚anything goes‘-Einstellung warnte.

Auch die letzten beiden Vorträge der Konferenz konnten als Beiträge zur Debatte zwischen Theorie und Praxis, oder auch zwischen – wie es als Gegensatz zurzeit gern konstruiert wird – ‚idealer‘ und ‚nicht-idealer‘ Theorie verstanden werden.

*Michael Hirsch* begann seinen Vortrag mit einer doppelten Krisendiagnose für die heutige Gesellschaft. Diese sei bestimmt durch eine Krise der Erwerbsarbeit sowie eine Krise der Geschlechterordnung. Obwohl Gleichheit und Gerechtigkeit als normative Leitlinien der politischen Steuerung der Arbeitsgesellschaft dienen, werde die Hegemonie der Norm von kontinuierlicher Vollzeitbeschäftigung in Erwerbsarbeit nicht in Frage gestellt. Realpolitische – wie (ideal-) theoretische – Bemühungen zu einer gerechteren Gestaltung der Arbeitswelt dehnen, so Hirsch, diese Norm über die klassische Erwerbsarbeit hinaus aus und unterwerfen so immer mehr Bereiche sozialen Lebens einer ökonomischen und androzentrischen Rationalität. Um die gegenwärtige(n) Krise(n) zu überwinden sei aber vielmehr eine grundlegende Änderung der kulturellen Wertmuster der Gesellschaft notwendig. Anknüpfend an Überlegungen von André Gorz und Nancy Fraser, deutete Hirsch an, wie eine entsprechend ‚transformative‘ Strategie, die sich unter anderem auf ein bedingungsloses Grundeinkommen und eine strikte Begrenzung ökonomisch organisierter Arbeit bei gleichzeitiger Etablierung neuer Formen sozialer Integration stützen müsste, sich als Weg zur Überwindung der gegenwärtigen Krise der Arbeitsgesellschaft erweisen könnte.

*Armin Schäfer* ergänzte seinen Vorredner insofern besonders gut, als seine Ergebnisse Hirschs Krisenanalyse teilweise empi-

risch unterfütterten. Schäfer stellte zunächst Daten vor, die einen generellen Anstieg sozialer Ungleichheit in den OECD-Staaten über die letzten Jahre dokumentieren, um anschließend mögliche Gefährdungen zu erkunden, die solche Ungleichheiten für Demokratien bedeuten können. Anhand von Daten aus dem European Social Survey für 17 westeuropäische Staaten konnte er sowohl zeigen, dass größere soziale Ungleichheit generell mit einer geringeren Demokratiezufriedenheit einhergeht, als auch, dass sinkende Wahlbeteiligung zwar durch einen verstärkten Rückgriff auf unkonventionelle Beteiligungsformen aufgefangen werde, Letztere aber in deutlich stärkerem Maße als Wählen sozial verzerrt sind. Insofern unkonventionelle Partizipation in höherem Maße Ressourcen wie Zeit, etc. voraussetzt, resultieren hier – anders als beim Wählen – deutlich unterschiedliche Chancen der politischen Einflussnahme. Auch wenn Demokratie nicht notwendig eine umfassende Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger voraussetze, zeige sich hier doch, dass große Ungleichheit die Demokratie gefährden könne.

Was die Beiträge der drei Tage insgesamt unterstrichen, ist, dass mit der Tagung die richtigen Fragen gestellt worden waren. Wie sich in nahezu allen Beiträgen zeigte, stoßen abstrakte gerechtigkeitstheoretische Urteile über reale Verteilungsordnungen ebenso zwangsläufig auf praktisch-politische (demokratische) Entscheidungsverfahren und -strukturen, wie andersherum die Reflexion dieser Verfahren und Strukturen auf normative Prämissen zurückgreift. Die enge Ver-

bindung von Gerechtigkeit und Demokratie (wie auch von alternativen Formen politischer Herrschaft) – das konnte die Tagung deutlich machen – ist weder von der Hand zu weisen noch kann sie in die eine oder andere Richtung aufgelöst werden. Wie mit diesem spannungsvollen Verhältnis umgegangen werden kann, blieb aber größtenteils perspektivische Überlegung und Aufgabenstellung. Was darüber hinaus aber ebenfalls deutlich wurde, ist, dass eine perspektivische Engführung auf Fragen von Verteilungskonflikten zwar heuristisch ertragreich sein kann, letztlich aber verkürzt ist, da mit spezifischen Verteilungen von Gütern gleichzeitig auch stets die entsprechenden Entscheidungsprozesse und -strukturen, deren gesellschaftliche Bedingungen und Voraussetzungen sowie die zugrundeliegenden Werte und Überzeugungen in Frage gestellt werden. So deutet schließlich Vieles darauf hin, dass früher oder später eine grundlegendere Frage angegangen werden muss, die in zahlreichen Momenten der Tagung an die Oberfläche kam, nämlich die Frage nach dem Verhältnis von idealer und nicht-idealer Theorie, von Philosophie und Empirie, von Theorie und Praxis. Dass auf der Mitgliederversammlung der Sektion dann auch darüber diskutiert wurde, ob man sich auf einer der folgenden Sektionstagungen selbstkritisch mit der Rolle und Aufgabe der Politischen Theorie als einer Disziplin, die sich zentral an genau dieser Schnittstelle verortet, beschäftigen sollte, ist nur folgerichtig. Man darf hoffen, dass diese Debatte in Bälde fortgeführt wird.